

## **Beschluss des Landrats vom 02.06.2022**

Nr. 1560

### **28. Umfassenden Schutz vor LGB-Feindlichkeit im Kanton Baselland angehen** 2021/325; Protokoll: ama

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage dessen Abschreibung. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

**Miriam Locher** (SP) ist der Ansicht, den Kantonen und Gemeinden komme beim vorliegenden Geschäft durchaus eine Rolle zu. Sie bezieht sich eingangs auf die Antwort des Bundesrats auf ein Postulat von Angelo Barrile vom 18. Juni 2020 mit dem Titel «Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQIA-feindliche Hate Crimes», wonach es aufgrund des föderalistischen Systems auch Sache der Kantone und Gemeinden sei, adäquate Massnahmen zur Sensibilisierung, Prävention, Intervention und Überwachung zum umfassenden Schutz von LGBTQIA-Feindlichkeiten umzusetzen. Bekanntlich ist die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden nicht immer einfach und es kann mitunter zu Kommunikationsproblemen bei den Zuständigkeiten kommen. Mit dem vorliegenden Vorstoss soll dies im angesprochenen Bereich verhindert werden. Es geht also explizit um die Klärung der Aufgaben bezüglich der Massnahmen zum Schutz vor LGBTQIA-Feindlichkeiten auf Kantons- und Gemeindeebene. Die Aufgabenverteilung ist zentral für einen wirkungsvollen Schutz und daher auch die Kernforderung des vorliegenden Postulats. Der Regierungsrat möchte den Vorstoss entgegennehmen und abschreiben mit der Begründung, das Anliegen werde aufgrund der Vorstösse 2021/44 und 2019/368 weiter bearbeitet. Wie bei vielen Geschäften kam jedoch der Faktor Zeit dazwischen, denn zumindest der letztgenannte Vorstoss wurde mittlerweile durch eine Landratsmehrheit abgeschrieben. Aus diesem Grund kann das Anliegen so nun gar nicht mehr weiterbearbeitet werden. Der Vorstoss 2021/44, welcher die Prüfung einer Fachstelle verlangt, wurde hingegen tatsächlich als Postulat überwiesen. Nichts desto trotz möchte Miriam Locher am heutigen Vorstoss festhalten und sie plädiert dafür, diesen nicht abzuschreiben. Das Thema ist einfach zu wichtig und es besteht keine Not, den Vorstoss vor der Bearbeitung und somit auch vor dem Vorliegen des Ergebnisses des obgenannten Vorstosses zur Fachstelle abzuschreiben. Noch einmal: Es geht um die Klärung der Zuständigkeiten und die entsprechende Kommunikation an alle Beteiligten. Dieses Thema ist im Vorstoss zur Fachstelle nicht direkt enthalten. Miriam Locher bittet um Stehenlassen ihres Vorstosses zumindest so lange, bis auch der Vorstoss zur Fachstelle bearbeitet ist und somit das jetzige Anliegen allenfalls erledigt wäre.

**Andi Trüssel** (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion folge der Regierung. Es scheint, es gebe keine anderen Probleme als die LGBTQ+ (\* nicht zu vergessen)-Thematik. Sollte die Abschreibung gefährdet sein, würde die SVP-Fraktion sogar eine Überweisung ablehnen.

**Patricia Bräutigam** (Die Mitte) betont, auch ihrer Fraktion sei es ein grosses Anliegen, gegen Hassverbrechen anzukämpfen. Keine Person solle wegen ihrer sexuellen Orientierung psychisch oder physisch angegriffen werden. Leider haben derartige Übergriffe stark zugenommen. Mit dem Vorstoss 2021/44 zur Fachstelle könnten alle im Postulat genannten Punkte geprüft werden, daher ist die Überweisung eines weiteren Postulats nicht notwendig. Die Mitte/glp-Fraktion unterstützt den Antrag auf Überweisen und Abschreiben.

**Bálint Csontos** (Grüne) informiert, die Grüne/EVP-Fraktion werde den Vorstoss überweisen und nicht abschreiben, denn er wird als wichtig erachtet.

**Marc Schinzel** (FDP) sagt, die FDP-Fraktion folge dem Regierungsrat. Der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung ist wichtig, es wird aber bereits sehr viel getan. Es ist auch nicht sinnvoll, immer wieder Vorstösse zu den gleichen Themen einzureichen. In den Schulen geschieht sehr viel, auch in punkto Sensibilisierung, und diese Themen werden sehr gut in den Lehrplan aufgenommen. Momentan findet beispielsweise in Lenzburg eine Ausstellung im Stapferhaus zum Thema Geschlecht statt, welche auch von Schulklassen unseres Kantons besucht wird. Es braucht nicht immer mehr und immer wieder Neues. Die vorhandenen Angebote sollen genutzt und gebündelt werden. Die FDP-Fraktion spricht sich für Überweisen und abschreiben des Postulats aus.

://: Mit 56:22 Stimmen wird das Postulat überwiesen und mit 45:32 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.

---